

52545

52545

ACTA UNIVERSITATIS SZEGEDIENSIS

ACTA JURIDICA ET POLITICA

Tomus LIX.
Fasciculus 14.

TEKLA PAPP

Die Grundzüge des englischen
Gesellschaftsrechts



SZEGED
2001

ACTA UNIVERSITATIS SZEGEDIENSIS

ACTA JURIDICA ET POLITICA

Tomus LIX.
Fasciculus 14.

TEKLA PAPP

**Die Grundzüge des englischen
Gesellschaftsrechts**

SZEGED
2001

Edit

Comissio Scientiae Studiorum Facultatis Scientiarum Politicarum et Juridicarum
Universitatis Szegediensis

ELEMÉR BALOGH, LAJOS BESENYEI, LÁSZLÓ BODNÁR,
JÓZSEF HAJDÚ, ÉVA JAKAB, JENŐ KALTENBACH, TAMÁS KATONA,
JÁNOS MARTONYI, FERENC NAGY, PÉTER PACZOLAY,
BÉLA POKOL, JÓZSEF RUSZOLY, LAJOS TÓTH, LÁSZLÓ TRÓCSÁNYI

Redigit
KÁROLY TÓTH

Nota
Acta Jur. et Pol. Szeged

Kiadja

a Szegedi Tudományegyetem Állam- és Jogtudományi Karának
tudományos bizottsága

BALOGH ELEMÉR, BESENYEI LAJOS, BODNÁR LÁSZLÓ,
HAJDÚ JÓZSEF, JAKAB ÉVA, KALTENBACH JENŐ, KATONA TAMÁS,
MARTONYI JÁNOS, NAGY FERENC, PACZOLAY PÉTER,
POKOL BÉLA, RUSZOLY JÓZSEF, TÓTH LAJOS, TRÓCSÁNYI LÁSZLÓ

Szerkeszti
TÓTH KÁROLY

Kiadványunk rövidítése
Acta Jur. et Pol. Szeged

ISSN 0324–6523 Acta Univ.
ISSN 0563–0606 Acta Jur.

Die Gründung

In diesem Essay führen wir die früher begonnene Arbeit („Die wichtigsten Eigenschaften der englischen Gesellschaften“), in der wir die allgemeinen Gründungsbestimmungen der englischen registrierten Gesellschaften (*the registered company*) behandeln.

I. Die Möglichkeiten der Gesellschaftsgründer

Zwei oder mehrere Personen dürfen sich zum rechtmässigen Zweck so vereinigen, dass sie ihren Namen unter den Gesellschaftsvertrag setzen.²

Die Gründer können -theoretisch- von fünf Typen der registrierten Gesellschaften wählen, und zwar

- a) *public company*³ mit beschränkter Haftung auf Aktien (*limited by shares*),
- b) *private company*⁴ mit beschränkter Haftung auf Aktien (*limited by shares*),
- c) *private company* mit beschränkter Haftung auf Garantie ohne Stammkapital (*limited by guarantee without a share capital*),
- d) *private company* mit unbeschränkter Haftung mit Stammkapital (*private unlimited company having a share capital*),
- e) *private company* mit unbeschränkter Haftung ohne Stammkapital (*private unlimited company not having a share capital*). In der Praxis entscheidet sich die Wahl zwischen b) und c); diese hängt davon ab, ob die Gründer nach Eigennutz streben oder nicht.

Gemäss der Vollstreckung der Zwölften Gesellschaftsrechtlichen EU-Direktive in Grossbritannien können auch Einmann-Gesellschaften (*single member company*) gegründet werden.⁵ Eine solche Gesellschaft darf sich nur in der Form von *private company* mit beschränkter Haftung auf Aktien (*limited by shares*) oder in der Form von

¹ Siehe Acta Universitatis Szegediensis de Attila József Nominatae, Acta Juridica et Politica, Tomus LVII., Fasciculus 8., Szeged 1999.

² Bezugnehmend auf Companies Act 1985 §1(1)

³ Die *public company* (wir können keine adäquate deutsche Benennung geben) ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung auf Aktien oder auf Garantie mit Stammkapital, die

- bestimmt der Gesellschaftsvertrag als *public company*, und am Ende des Gesellschaftsnamens befindet sich der Ausdruck *public limited company* oder die Abkürzung *PLC* bzw. *plc*;
- tut den einschlägigen Vorschriften der Gesellschaftsgesetzen genug;
- verfügt über ein Stammkapital von einer Minimalsumme von £ 50.000;
- ermöglicht eine öffentliche Aktienzeichnung.

Siehe noch Companies Act 1985 §1(3)

⁴ Jene Gesellschaften, die keine *public company* sind, können als *private company* angesehen werden. Siehe noch Companies Act 1985 §1(3)

⁵ Siehe Companies Act 1985 §3A

private company mit beschränkter Haftung auf Garantie (*limited by guarantee*) betätigen.

Nach dem Auswahl der Gesellschaftsform folgt die Erstellung der Gesellschafts-urkunden. Die Konstitution der Gesellschaft muss in zwei separaten Dokumenten festgestellt werden, und zwar

- a) im Gesellschaftsvertrag, und
- b) in der Gesellschaftsverfassung (diese entspricht dem Organisationsstatut der Gesellschaft).

II. Der Gesellschaftsvertrag

1. Die Form des Gesellschaftsvertrags

Die Form des Assoziierungsabkommens richtet sich gemäss dem englischen Gesellschaftsgesetz⁶ nach der Gesellschaftsformation:

- a) *public company* mit beschränkter Haftung auf Aktien (*being a company limited by shares*),
- b) *public company* mit beschränkter Haftung auf Garantie mit Stammkapital (*being a company limited by guarantee, having a share capital*),
- c) *private company* mit beschränkter Haftung auf Aktien (*limited by shares*),
- d) *private company* mit beschränkter Haftung auf Garantie ohne Stammkapital (*limited by guarantee, not having a share capital*),
- e) *private company* mit beschränkter Haftung auf Garantie mit Stammkapital (*limited by guarantee, having a share capital*),
- f) und die Gesellschaft mit unbeschränkter Haftung mit Stammkapital (*unlimited company having a share capital*).⁷

2. Der Inhalt des Gesellschaftsvertrags⁸

Jeder Gesellschaftsvertrag enthält

- a) den Namen der Gesellschaft,
- b) das Objekt der Gesellschaft (dh. die Gesellschaftstätigkeit),
- c) den Sitz der Gesellschaft,
- d) die Summe des Stammkapitals, wenn die Gesellschaft über ein Grundkapital verfügt,
- e) die Bestimmungen über die beschränkte Haftung der Gesellschaftsmitglieder, wenn eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung auf Aktien oder auf Garantie gegründet wird,
- f) den Ausdruck „*public company*“, wenn die Gesellschaft eine *plc* ist.

Im weiteren behandeln wir die einzelne Elemente des Inhalts des Gesellschaftsvertrags.

⁶ Siehe Companies Act 1985 §3

⁷ Siehe die Gesellschaftsvertragsmuster in Beilagen I, II.

⁸ Siehe Companies Act 1985 §2

2/a) Der Gesellschaftsname⁹

Die Gründer dürfen keine Namen wählen, die sich schon im Namensverzeichnis des Registergerichts befinden. Der Richter haftet nicht für die Untersuchung des Namensregisters, das ist die Aufgabe jener Person, die die Gründung führt.

Konstatiert der Minister, dass der Name der Gesellschaft ein Delikt verwirklicht oder rechtswidrig ist, so darf die Gesellschaft nicht unter diesem Namen im Handelsregister eingetragen werden.

Die im Gesellschaftsgesetz vorgeschriebenen Ausdrücke oder Wörter können nur am Ende des Gesellschaftsnamens stehen, diese sind die folgenden

- beschränkt (*limited*),
- unbeschränkt (*unlimited*),
- *public limited company*,
- deren Gegenstücke in Wales (*cyfyngedig, anghyfyngedig, cwmni cyfyngedig cyhoeddus*),
- und deren Abkürzungen.

Ministerielle Genehmigung benötigt der Gebrauch bestimmter Worte oder Ausdrücke, die

- den Anschein erwecken, als ob diese mit der Regierung oder der örtlichen Selbstverwaltung in Beziehung ständen,
- in *Company and Business Names Regulation 1981*¹⁰ festgestellt sind. (Fallweise ist noch die Bescheinigung der Körperschaft -zum Beispiel die Fachkammer- als die Voraussetzung der Erteilung der ministeriellen Genehmigung notwendig.)

Der Gesellschaftsname muss lesbar an den Stempeln, den geschäftlichen Briefen, den Notizen, den Rechnungen, den Quittungen, den Akkreditiven, den Wechseln, den Schecks, den Formulardrucksachen und den anderen Rechtsdokumenten der Gesellschaft angegeben werden. Dasselbe betrifft den Sitz und den Platz der Gesellschaft, wo sie ihre Tätigkeit offiziell ausübt.

Wenn der von den Gründern gewählte Name identisch oder ähnlich ist mit den Namen der schon registrierten Gesellschaften, muss dieser Name der neugegründeten Gesellschaft auf ministerielle Verweisung verändert werden; dazu gibt es eine Möglichkeit innerhalb von zwölf Monaten. Nach dem Ablauf dieser Frist kann die schon eingetragene Gesellschaft nur einen Täuschungsprozess (*passing-off action*)¹¹ anstrengen; dessen Bedingung ist aber ausserdem die Ähnlichkeit der Tätigkeitsarten der neugegründeten und der schon eingetragenen Gesellschaft.¹²

⁹ Siehe Companies Act 1985 §25,26,27 und die Abschnitte von Business Names Act 1985

¹⁰ Siehe in Beilage III.

¹¹ Das ist ein Rechtsmittel in *common law*.

¹² Dargestellt in diesen Präzedenzfällen *R. v Registrar of Companies (ex parte Bowen, 1914, 3KB 1161)*; *Ewing v Buttercup Margarine Co Ltd (1917, 2 Ch 1)*.

2/b) Die Gesellschaftstätigkeit¹³

Wenn der Gesellschaftsvertrag die Gesellschaftstätigkeit als das Führen des Unternehmens bestimmt, wird das Rechtssubjekt als eine allgemeine Handelsgesellschaft existieren. Die Gesellschaft hat Rechts, alle Tätigkeitsarten, die für die Gesellschaft von Vorteil sind, auszuüben. Die Tätigkeitsklausel ist entscheidend in der Beurteilung der Gültigkeit der Gesellschaftsgeschäfte. Wenn die bezweckte Tätigkeit rechtswidrig ist oder im Gegensatz zum Gemeinwohl steht, muss der Firmenrichter die Eintragung der Gesellschaft abweisen.

2/c) Der Sitz der Gesellschaft

Die Gründer müssen den geplanten ständigen Sitz in den Gesellschaftsvertrag einbedingen. Die Gesellschaft gehört in die Kompetenz des Firmengerichts, wenn deren Sitz in England, Schottland oder Wales ist. Ist der Sitz in Wales, muss auch eine englische Übersetzung -neben den lokalsprachigen Dokumenten- der Gesellschafts-urkunden beigefügt werden.

2/d) Das Stammkapital der Gesellschaft¹⁴

Verfügt die Gesellschaft über Grundkapital, muss die Summe des Stammkapitals und dessen Teilen pro Aktie im Gesellschaftsvertrag festgestellt werden. Die Unterschreiber des Gesellschaftsvertrags dürfen nicht weniger als eine Aktie zeichnen. Gegenüber deren Unterschriften muss die Zahl der gezeichneten Aktien angegeben werden. Bei der *public limited company* ist die erlaubte Minimalsumme des Stammkapitals £50.000.¹⁵

2/e) Die beschränkter Haftung der Gesellschaftsmitglieder

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (*the limited company*) kann sowohl auf Aktien (*company limited by shares*), als auch auf Garantie (*company limited by guarantee*) beschränkt sein; in beiden Gesellschaftsarten nehmen die Mitglieder an den Schulden der Gesellschaft mit einer bestimmten Summe teil:

- bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung auf Aktien erfolgt dies mit jener Summe, die sie nicht auf ihre Aktien eingezahlt haben;
- bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung auf Garantie mit der im Gesellschaftsvertrag bestimmten Summe, die sie als Beitrag zum Gesellschaftsvermögen bei der Liquidation übernommen haben.

¹³ Siehe Companies Act 1985 §3A

¹⁴ Siehe Companies Act 1985 §2(5)

¹⁵ Siehe Companies Act 1985 §11

3. Das Abschliessen des Gesellschaftsvertrags¹⁶

Der Gesellschaftsvertrag muss von jeden Aktienzeichnern im Beisein von wenigstens einem Zeugen, der die Unterschreibungen beurkundet, unterzeichnet werden; und muss der auch noch mit Datum versehen werden.

III. Die Gesellschaftsverfassung

Die Gesellschaftsverfassung bezieht sich auf die Innenverwaltung, und die administrativen Angelegenheit der Gesellschaft; somit es ist zugleich eine „Hausordnung“. Die Gesellschaftsverfassung ist dem Gesellschaftsvertrag untergeordnet: wo sie im Gegensatz zum Gesellschaftsvertrag steht, sind ihre Vorschriften ungültig.¹⁷

1. Die Form und der Inhalt der Gesellschaftsverfassung

Die Tabellen A, C, D und E im Zusatz von *Companies Act 1985* sind im Hinblick auf die Form und den Inhalt der Gesellschaftsverfassung massgebend, deren Dispositionen sind jedoch nur empfohlen, und nicht von obligatorischer Kraft.

Die werdenden Mitglieder haben bei der Anfertigung der Gesellschaftsverfassung drei Möglichkeiten:

- a) sie ziehen nicht die Vorschriften der Tabellen in Betracht, sondern erstellen eine gesonderte, den Rechtsregeln entsprechende Gesellschaftsverfassung;
- b) sie modifizieren oder schliessen bestimmte Dispositionen der Tabellen aus, nehmen aber die anderen Vorschriften im Zusatz von *Companies Act 1985* an;
- c) die vollständige Tabelle wird dadurch zur Verfassung der Gesellschaft, dass die Gründer keine Gesellschaftsverfassung erstellen oder sie nur auf die Übernahme der Tabelle im Gesellschaftsvertrag verweisen.

Das englische Gesellschaftsgesetz¹⁸ gibt die folgenden Formen der Gesellschaftsverfassung an,

- a) die Tabelle A für die Gesellschaft mit beschränkter Haftung auf Aktien (*company limited by shares*),
- b) die Tabelle C für die Gesellschaft mit beschränkter Haftung auf Garantie, ohne Stammkapital (*company limited by guarantee, not having a share capital*),
- c) die Tabelle D für die Gesellschaft mit beschränkter Haftung auf Garantie, mit Stammkapital (*company limited by guarantee, having a share capital*),
- d) die Tabelle E für die Gesellschaft mit unbeschränkter Haftung, mit Stammkapital (*unlimited company having a share capital*).

Die Gesellschaftsverfassung enthält die Regeln der Generalversammlung, der Befugnis der Generalversammlung, der Abstimmung, der Beschlussfassung, der Protokollierung,

¹⁶ Siehe *Companies Act 1985* §2(6)

¹⁷ Dargestellt im Präzedenfall: *Welton v Saffery* (1897 AC 299)

¹⁸ Siehe *Companies Act 1985* §8

der Ernennung der Vorsitzenden, des Wirkungskreises der Vorsitzenden, der Ernennung der Geschäftsführer, des Wirkungskreises der Geschäftsführer, der mit dem Stammkapital zusammenhängenden Rechten, der Zer- und Unterteilung des Stammkapitals, der Kapitalisierung des Grundkapitals, der Profitunterteilung, der Jahresbilanz, der Buchführung usw.

Die Vorschriften der Gesellschaftsverfassung dürfen nicht wegen Irrtum, Täuschung, unrechtmässiger Beeinflussung, rechtswidriger Drohung annulliert oder berichtigt werden.

Die Gesellschaftsverfassung muss gedruckt und in kontinuierlich nummerierte Abschnitte unterteilt werden. Dieses Dokument muss von jedem werdenden Mitglied im Beisein von mindestens einem Zeugen, der die Unterschreibungen beurkundet, unterzeichnet werden; und ebenfalls datiert werden.

2. Die Rolle und die Vertragsnatur der Gesellschaftsverfassung¹⁹

Die Gesellschaftsverfassung regelt das Verhältnis zwischen der Gesellschaft und den Mitgliedern, indem sie gleichsam „das Zünglein an der Waage“ unter den Mitgliedern ist. Die Aktionärsrechte sind besonders in der Gesellschaftsverfassung geregelt.

Die Gesellschafter erkennen für sich selbst obligatorisch die Vorschriften der Gesellschaftsverfassung mit der Unterschreibung der Gesellschaftsverfassung an.²⁰ Diese Vereinbarung unter den Mitgliedern errichtet eine geschäftliche Beziehung, aber die Gesellschafter sind an dieser in ihrer Eigenschaft als Mitglieder gebunden.

In der Rechtsliteratur ist der Paragraph 14 als problematisch betrachtet, dieser Abschnitt

- versäumt die selbständige Rechtsfähigkeit der Gesellschaft anzuerkennen;
- regelt nicht, wer die Mitgliedschaftsrechte und die Mitgliedschaftsverpflichtungen in der Beziehung unter den Gesellschaftern direkt abzwängen darf. Es gibt zwei Lösungsmöglichkeiten

aa) das Abzwängen ist die Aufgabe der Gesellschaft,²¹

bb) die Gesellschaft kann sich nicht mit den Debatten der Mitglieder beschäftigen, weil so unnötige Prozessführung einginge.²² Und es ist auch fraglich, ob die Gesellschaftsverfassung die Gesellschaft verpflichtet.

III. Die Eintragung der Gesellschaft²³

Das Zentralbüro des englischen Registergerichts befindet sich in Cardiff, in London ist nur ein Unterbüro. Es gibt eine separate Registrierung in Schottland und in Nord-Irland.

¹⁹ Siehe Companies Act 1985 §14

²⁰ Dargestellt im Präzedenfall: *Wood v Odessa Waterworks* (1889, 42 ChD 636)

²¹ Dargestellt in diesen Präzedenfällen *McDougall v Garedener* (1875, 1 Chd 13); *Welton v Saffery* (1897, AC 299)

²² Dargestellt im Präzedenfall: *Rayfield v Hands* (1960, Ch 1)

²³ Siehe Companies Act 1985 §10,11,12,13

Der Rechtsanwalt der Gesellschaft oder der erste Vorsitzende bzw. Geschäftsführer der Gesellschaft muss die Gründung der Gesellschaft bei dem Firmengericht anmelden und diesem die zur Registrierung erforderliche Schriftstücke zusenden, und zwar die folgenden:

- der Gesellschaftsvertrag,
- die Gesellschaftsverfassung,
- die Erklärung mit Benennung des ersten Vorsitzenden oder Geschäftsführers, mit seinen Personalangaben, und mit seinen bepflichtenden Äusserungen,
- die gesetzliche Deklaration, die sogenannte Gemässheitserklärung,²⁴ darüber, dass die Gesellschafter -während der Gründung der Gesellschaft- den Voraussetzungen der gesellschaftlichen Rechtsnormen entsprechend (*statutory declaration that the statutory requirements as to registration have been complied with*). Neben der Einsendung der Dokumenten müssen die Gründer Registrierungsgebühr verrichten.

Der Registerrichter (*registrar of companies*) prüft die eingesendeten Urkunden, ob die rechtmässig und rechtsnormsgemäss sind. Gegebenenfalls registriert der Firmenrichter die Gesellschaft. Er stellt eine mit seiner Unterschrift und Stempel versehene Eintragungsbescheinigung, die eine Sachaufklärung über die Eintragung enthält, und ist beweiskräftig. Gleichzeitig gibt er der Gesellschaft eine offizielle Nummer und eröffnet ein File für die Gesellschaft, um die abgegebenen Urkunden und die Durchschrift der Eintragungsbescheinigung aufzunehmen..

IV. Die Wirkung der Gesellschaftseintragung²⁵

Vom Registrierungsdatum ist die Gesellschaft eine rechtsfähige Organisation, die jede Funktionen der registrierte Gesellschaft ausüben darf, und hat Recht, das Unternehmen und die Handelstätigkeit zu beginnen.²⁶

²⁴ Siehe Companies Act 1985 §12(3)

²⁵ Siehe Companies Act 1985 §13(3)(4)

²⁶ Dargestellt im Präzedenfall: *Jubilee Cotton Mills Ltd v Lewis* (1924, AC 958)

ANHANG

Die geltenden angeführten Rechtsnormen

COMPANIES ACT 1985 (1985, c. 6.)

An act to consolidate the greater part of the Companies Acts [11 March 1985]

PART I FORMATION AND REGISTRATION OF COMPANIES; JURIDICAL STATUS AND MEMBERSHIP CHAPTER I COMPANY FORMATION

Memorandum of association

...

2. Requirements with respect to memorandum.

(1) The memorandum of every company must state-

(a) the name of the company

(b) whether the registered office of the company is to be situated in England and Wales or in Scotland;

(c) the objects of the company.

(2) Alternatively to subsection (1)(b), the memorandum may contain a statement that the company's registered office is to be situated in Wales; and a company whose registered office is to be situated in Wales may by special resolution alter its memorandum so as to provide that its registered office is to be situated.

(3) The memorandum of a company limited by shares or by guarantee must also state that the liability of its members is limited.

(4) The memorandum of a company limited by guarantee must also state that each member undertakes to contribute to the assets of the company if it should be wound up while he is a member, or within one year after he ceases to be a member, for payment of the debts and liabilities of the company contracted before he ceases to be a member, and of the costs, charges and expenses of winding up, and for adjustments of the rights of the contributories among themselves, such amount as may be required, not exceeding a specified amount.

(5) In the case of a company having a share capital-

(a) the memorandum must also (unless it is an unlimited company) state the amount of the share capital with which the company proposes to be registered and the division of the share capital into shares of a fixed amount;

(b) no subscriber of the memorandum may take less than one share ; and

(c) there must be shown in the memorandum against the name of each subscriber the number of shares he takes.

(6) The memorandum must be signed by each subscriber in the presence of at least one witness, who must attest the signature...

(7) A company may not alter the conditions contained in its memorandum except in the cases, in the mode and to the extent, for which express provision is made by this Act.

3. Forms of memorandum.

(1) Subject to the provisions of sections 1 and 2, the form of the memorandum of association of-

(a) a public company, being a company limited by shares,

(b) a public company, being a company limited by guarantee and having a share capital,

(c) a private company limited by shares,

(d) a private company limited by guarantee and not having a share capital

(e) a private company limited by guarantee and having a share capital, and

(f) an unlimited company having a share capital,

shall be as specified respectively for such companies by regulations made by the Secretary of State, or as near to that form as circumstances admit.

(2) Regulations under this section shall be made by statutory instrument subject to annulment in pursuance of resolution of either House of Parliament.

3A. Statement of company's objects: general commercial company.

Where the company's memorandum states that the object of the company is to carry on business as a general commercial company-

(a) the object of the company is to carry on any trade or business whatsoever, and

(b) the company has power to do all such things as are incidental or conducive to the carrying on of any trade or business by it.

Articles of association

7. Articles prescribing regulations for companies.

(1) (1) There may in case of a company limited by shares, and there shall in the case of a company limited by guarantee or unlimited, be registered with the memorandum articles of association, signed by the subscribers to the memorandum and prescribing regulations for the company.

(2) In the case of an unlimited company having a share capital, the articles must state the amount of share capital with which the company proposes to be registered.

(3) Articles must-

(a) be printed,

(b) be divided into paragraphs numbered consecutively,

(c) be signed by each subscriber of the memorandum in the presence of at least one witness who must attest the signature...

8. Tables A, C, D and E.

(1) Table A is as prescribed by regulations made by the Secretary of State, and a company may for its articles adopt the whole or any part of that Table.

(2) In the case of a company limited by shares, if articles are not registered or, if articles are registered, in so far as they do not exclude or modify Table A, that Table (so far as applicable, and as in force at the date of the company's registration) constitutes the company's articles, in the same manner and to the same extent as if articles in the form of that Table had been duly registered.

(3) If in consequence of regulations under this section Table A is altered, the alteration does not affect a company registered before the alteration takes effect, or repeal as respects that company any portion of the Table.

(4) The form of the articles of association of-

(a) a company limited by guarantee and not having a share capital

(b) a company limited by guarantee and having a share capital, and

(c) an unlimited company having a share capital,

shall be respectively in accordance with Table C, D, or E prescribed by regulations made by the Secretary of State, or as near to that form as circumstances admit.

(5) Regulations under this section shall be made by statutory instrument subject to annulment in pursuance of a resolution of either House of Parliament.

10. Documents to be sent to registrar.

(1) The company's memorandum and articles (if any) shall be delivered-

(a) to the registrar of companies for England and Wales, if the memorandum states that the registered office of the company is to be situated in England and Wales, or that it is to be situated in Wales; and

(b) to the registrar of companies for Scotland, if the memorandum states that the registered office of the company is to be situated in Scotland.

(2) With the memorandum there shall be delivered a statement in the prescribed form containing the names and requisite particulars of-

(a) the person who is, or the persons who are, to be the first director or directors of the company; and

(b) the person who is, or the persons who are, to be the first secretary or joint secretaries of the company;

and the requisite particulars in each case are those set out in Schedule 1.

(3) The statement shall be signed by or on behalf of the subscribers of the memorandum and shall contain a consent signed by each of the persons named in it as a director, as secretary or as one of joint secretaries, to act in the relevant capacity.

(4) Where a memorandum is delivered by a person as agent for the subscribers, the statement shall specify that fact and the person's name and address.

(5) An appointment by any articles delivered with the memorandum of a person as director or secretary of the company is void unless he is named as a director or secretary in the statement.

(6) There shall in the statement be specified the intended situation of the company's registered office on incorporation.

11. Minimum authorised capital (public companies).

When a memorandum delivered to the registrar of companies under section 10 states that the association to be registered is to be a public company, the amount of the share capital stated in the memorandum to be that with which the company proposes to be registered must not be less than the authorised minimum (defined in section 118).

12. Duty of registrar.

(1) The registrar of companies shall not register a company's memorandum delivered under section 10 unless he is satisfied that all the requirements of this Act in respect of registration and of matters precedent and incidental to it have been complied with.

(2) Subject to this, the registrar shall retain and register the memorandum and articles (if any) delivered to him under that section.

(3) A statutory declaration in the prescribed form by-

(a) a solicitor engaged in the formation of the company, or

(b) a person named as a director or secretary of the company in the statement delivered under section 10(2),

that those requirements have been complied with shall be delivered to the registrar of companies, and the registrar may accept such a declaration as sufficient evidence of compliance.

13. Effect of registration.

(1) On the registration of a company's memorandum, the registrar of companies shall give a certificate that the company is incorporated and, in the case of a limited company, that it is limited.

(2) The certificate may be signed by the registrar, or authenticated by his official seal.

(3) From the date of incorporation mentioned in the certificate, the subscribers of the memorandum, together with such other persons as may from time to time become members of the company, shall be a body corporate by the name contained in the memorandum.

(4) That body corporate is then capable forthwith of exercising all the functions of an incorporated company, but with such liability on the part of its members to contribute to its assets in the event of its being wound up as is provided by this Act and the Insolvency Act.

This is subject, in the case of a public company, to section 117 (additional certificate as to amount of allotted share capital).

(5) The persons named in the statement under section 10 as directors, secretary or joint secretaries are, on the company's incorporation, deemed to have been respectively appointed as its first directors, secretary or joint secretaries.

(6) Where the registrar registers an association's memorandum which states that the association is to be a public company, the certification of incorporation shall contain a statement that the company is a public company.

(7) A certificate of incorporation given in respect of an association is conclusive evidence-

(a) that the requirements of this Act in respect of registration and of matters precedent and incidental to it have been complied with, and that the association is a company authorised to be registered, and is duly registered, under this Act and

(b) if the certificate contains a statement that the company is a public company, that the company is such a company.

14. Effect of memorandum and articles.

(1) Subject to the provisions of this Act, the memorandum and articles, when registered, bind the company and its members to the same extent as if they respectively had been signed and sealed by each member, and contained covenants on the part of each member to observe all the provisions of the memorandum and of the articles.

(2) Money payable by a member to the company under the memorandum or articles is a debt due from him to the company, and in England and Wales is of the nature of a specialty debt.

15. Memorandum and articles of company limited by guarantee.

(1) In the case of a company limited by guarantee and not having a share capital, every provision in the memorandum or articles, or in any resolution of the company purporting to give any person a right to participate in the divisible profits of the company otherwise than as a member, is void.

(2) For purposes of provisions of this Act relating to the memorandum of a company limited by guarantee, and for those of section 1(4) and this section, every provision in the memorandum or articles, or in any resolution, of a company so limited purporting to divide the company's undertaking into shares or interests is to be treated as a provision for a share capital, notwithstanding that the nominal amount or number of the shares or interests is not specified by the provision.

...

25. Name as stated in memorandum.

(1) The name of a public company must end with the words „public limited company“ or, if the memorandum states that the company's registered office is to be situated in Wales, those words or equivalent in Welsh („cwmni cyfyngedig cyhoeddus“); and those words or that equivalent may not be preceded by the word „limited“ or its equivalent in Welsh („cyfyngedig“).

(2) In the case of a company limited by shares or by guarantee (not being a public company), the name must have „limited“ as its last word except that-

(a) this is subject to section 30 (exempting in certain circumstances, a company from the requirement to have „limited“ as part of the name), and

(b) if the company is to be registered with a memorandum stating that its registered office is to be situated in Wales, the name may have „cyfyngedig“ as its last word.

26. Prohibition on registration of certain names.

(1) A company shall not be registered under this Act by a name-

(a) which includes, otherwise than at the end of the name, any of the following words or expressions, that is to say, „limited“, „unlimited“ or „public limited company“

or their Welsh equivalents („cyfyngeding“, „anghyfyngeding“ and „cwmni cyfyngedig cyhoeddus“ respectively);

(b) which includes, otherwise than at the end of the name, an abbreviation of any of those words or expressions;

(bb) which includes at any place in the name, the expression „investment company with variable capital“ or its Welsh equivalent („cwmni buddsoddi â chyfalaf newidiol“);

(c) which is the same as a name in the registrar’s index of company names;

(d) the use of which by the company would in the opinion of the Secretary of State constitute a criminal offence; or

(e) which in the opinion of the Secretary of State is offensive.

(2) Except with the approval of the Secretary of State, a company shall not be registered under this Act by a name which-

(a) in the opinion of the Secretary of State would be likely to give the impression that the company is connected in any way with Her Majesty’s or with any local authority; or

(b) includes any word or expression for the time being specified in regulations under section 29.

„Local authority“ means any local authority within the meaning of the Local Government Act 1972 or the Local Government (Scotland) Act 1973, the Common Council of the City of London or the Council of the Isles of Scilly.

(3) In determining for purposes of subsection (1)(c) whether one name is the same as another, there are to be disregarded-

(a) the definite article, where it is the first word of the name;

(b) the following words and expressions where they appear at the end of the name, that is to say-

„company“ or its Welsh equivalent („cwmni“),
„and company“ or its Welsh equivalent („a’r cwmni“),
„company limited“ or its Welsh equivalent („cwmni cyfyngedig“),
„and company limited“ or its Welsh equivalent („a’r cwmni cyfyngedig“),
„limited“ or its Welsh equivalent („cyfyngedig“),
„unlimited“ or its Welsh equivalent („anghyfyngedig“),
„public limited company“ or its Welsh equivalent („cwmni cyfyngedig cyhoeddus“),
and

„investment company with variable capital“ or its Welsh equivalent („cwmni buddsoddi â chyfalaf newidiol“);

(c) abbreviations of any of those words or expressions where they appear at the end of the name; and

(d) type and case of letters, accents spaces between letters and punctuation marks; and „and“ and „&“ are to be taken as the same.

27. Alternatives of statutory designations

(1) A company which by any provision of this Act is either required or entitled to include in its name, as its last part, any of the words specified in subsection (4) below may, instead of those words, include as the last part of the name the abbreviations there specified as alternatives in relation to those words.

(2) A reference in this Act to the name of a company or to the inclusion of any of those words in a company's name includes a reference to the name including (in place of any of the words so specified) the appropriate alternative, or to the inclusion of the appropriate alternative, as the case may be.

(3) A provision of this Act requiring a company not to include any of those words in its name also requires it not to include the abbreviated alternative specified in subsection (4).

(4) For the purposes of this section-

- (a) the alternative of „limited“ is „ltd.“;
- (b) the alternative of „public limited company“ is „p.l.c.“;
- (c) the alternative of „cyfyngedig“ is „cyf.“; and
- (d) the alternative of „cwmni cyfyngedig cyhoeddus“ is „c.c.c.“.

BUSINESS NAMES ACT 1985 (1985, c. 7)

1. Persons subject to this Act.

(1) This Act applies to any person who has a place of business in Great Britain and who carries on business in Great Britain under a name which- ...

(c) in the case of a company, being a company which is capable of being wound up under the Companies Act 1985, does not consist of its corporate name without any addition other than one so permitted.

2. Prohibition of use of certain business names.

(1) Subject to the following subsections, a person to whom this Act applies shall not, without the written approval of the Secretary of State, carry on business in Great Britain under a name which-

(a) would be likely to give the impression that the business is connected with Her Majesty's Government or with any local authority; or

(b) includes any word or expression for the time being specified in regulations under this Act.

(2) Subsection (1) does not apply to the carrying on of a business by a person-

(a) to whom the business has been transferred on or after 26 February 1982; and

(b) who carries on the business under the name which was its lawful business name immediately before that transfer,

during the period of 12 months beginning with the date of that transfer.

(3) Subsection (1) does not apply to the carrying on of a business by a person who-

(a) carried on that business immediately before 26 February 1982; and

(b) continues to carry it on under the name which immediately before that date was its lawful business name.

(4) A person who contravenes subsection (1) is guilty of an offence.

3. Words and expressions requiring Secretary of State's approval.

(1) The Secretary of State may by regulations-

(a) specify words or expressions for the use of which as or as part of a business name his approval is required by section 2(1)(b); and

(b) in relation to any such word or expression, specify a Government department or other body as the relevant body for purposes of the following subsection.

(2) Where a person to whom this Act applies proposes to carry on a business under a name which is or includes any such word or expression, and a Government department or other body is specified under subsection (1)(b) in relation to that word or expression, that person shall-

(a) request (in writing) the relevant body to indicate whether (and if so why) it has any objections to the proposal; and

(b) submit to the Secretary of State a statement that such a request has been made and a copy of any response received from the relevant body.

4. Disclosure required of persons using business names.

(1) A person to whom this Act applies shall-

(a) subject to subsection (3), state in legible characters on all business letters, written orders for goods or services to be supplied to the business, invoices and receipts issued in the course of the business- ...

(iii) in the case of a company, its corporate name, and ...

(b) in any premises where the business is carried on and to which the customers of the business or suppliers of any goods or services to the business have access, display in a prominent position so that it may easily be read by such customers or suppliers a notice containing such names and addresses.

8. Interpretation

(1) The following definitions apply for purposes of this Act-

„business“ includes a profession;

„initial“ includes any recognised abbreviation of a name;

„lawful business name“, in relation to a business, means a name under which the business was carried on without contravening section 2(1) of this Act or section 2 of the Registration of Business Names Act 1916;

„local authority“ means any local authority within the meaning of the Local Government Act 1972 or the Local Government (Scotland) Act 1973, the Common Council of the City of London or the Council of the Isles of Scilly;

„partnership“ includes a foreign partnership;

and „surname“, in relation to a peer or person usually known by a British title different from his surname, means the title by which he is known.

(2) Any expression used in this Act and also in the Companies Act 1985 has the same meaning in this Act as in that.

BEILAGE 1.

A PRIVATE COMPANY LIMITED BY SHARES
MEMORANDUM OF ASSOCIATION

1. The company's name is „The South Wales Motor Transport Company cyfyngedig“.
 2. The company's registered office is to be situated in Wales.
 3. The company's objects are the carriage of passengers and goods in motor vehicles between such places as the company may from time to time determine and the doing of all such other things as are incidental or conducive to the attainment of that object.
 4. The liability of the members is limited.
 5. The company's share capital is £50,000 divided into 50,000 shares of £1 each..
- We, the subscribers to this memorandum of association, wish to be formed into a company pursuant to this memorandum; and we agree to take the number of shares shown opposite our respective names.

Names and Addresses of Subscribers	Number of shares taken by each Subscriber
1. Thomas Jones, 138 Mountfield Street, Tredegar.	1
2. Mary Evans, 19 Merthyr Road, Aberystwyth.	1
	<hr/>
Total shares taken	2

Dated 19 .

Witness to the above signatures,
Anne Brown, „Woodlands“, Fieldside Road, Bryn Mawr.

BEILAGE 2

TABLE F
A PUBLIC COMPANY LIMITED BY SHARES
MEMORANDUM OF ASSOCIATION

1. The company's name is „Western Electronics Public Limited Company“.
2. The company is to be a public company.
3. The company's registered office is to be situated in England and Wales.
4. The company's objects are the manufacture and developments of such descriptions of electronic equipment, instruments and appliances as the company may from time to time determine, and the doing of all such other things as are incidental or conducive to the attainment of that object.
5. The liability of the members is limited.
6. The company's share capital is £5,000,000 divided into 5,000,000 shares of £1 each..

We, the subscribers to this memorandum of association, wish to be formed into a company pursuant to this memorandum; and we agree to take the number of shares shown opposite our respective names.

Names and Addresses of Subscribers	Number of shares taken by each Subscriber
1. James White, 12 Broadmead, Birmingham.	1
2. Patrick Smith, 145A, Huntley House, London Wall, London EC2.	1
Total shares taken	2

Dated 19

Witness to the above signatures,
Anne Brown, 13 Hute Street, London, WC2.

BEILAGE 3

**COMPANY AND BUSINESS NAMES REGULATIONS 1981
(1981 No. 1685)**

SPECIFICATION OF WORDS, EXPRESSIONS AND RELEVANT BODIES

Column (1) Word or expression	Column (2) Relevant body
Abortion	Department of Health and Social Security
Apothecary	Worshipful Society of Apothecaries of London or Pharmaceutical Society of Great Britain
Association	
Assurance	
Assurer	
Authority	
Benevolent	
Board	
British	
Chamber of Commerce	
Chamber of Commerce, Training and Enterprise	
Chamber of Industry	
Chamber of Trade	

Column (1)	Column (2)
Word or expression	Relevant body
Charitable	} Charity Commission of Scottish Home and Health Department
Charity	
Charter	
Chartered	
Chemist	
Chemistry	
Contact Lens	General Optical Council
Co-operative	
Council	
Dental	} General Dental Council
Dentistry	
District Nurse	Panel of Assessors in District Nurse Training
Duke	Home Office or Scottish Home and Health Department
England	
English	
European	
Federation	
Friendly Society	
Foundation	
Fund	
Giro	
Great Britain	
Group	
Health Centre	} Department of Health and Social Security
Health Service	
Health Visitor	Council for the Education and Training of Health Visitors
Her Majesty	} Home Office or Scottish Home and Health Department
His Majesty	
Holding	
Industrial and Provident Society	
Institute	
Institution	
Insurance	
Insurer	
International	
Ireland	
Irish	

Column (1)	Column (2)
Word or expression	Relevant body
King	Home Office or Scottish Home and Health Department
Midwife	} Central Midwives Board or Central Midwives Board for Scotland
Midwifery	
National	
Nurse	} General Nursing Council for England and Wales or General Nursing Council for Scotland
Nursing	
Patent	
Patentee	
Police	Home Office or Scottish Home and Health Department
Polytechnic	Department for Education and Employment
Post Office	
Pregnancy Termination	Department of Health and Social Security
Prince	} Home Office or Scottish Home and Health Department
Princess	
Queen	
Reassurance	
Reassurer	
Register	
Registered	
Reinsurance	
Reinsurer	
Royal	} Home Office or Scottish Home and Health Department
Royale	
Royalty	
Scotland	
Scottish	
Sheffield	
Society	
Special School	Department for Education and Employment
Stock Exchange	
Trade Union	
Trust	
United Kingdom	
University	The Privy Council
Wales	

Column (1)	Column (2)
Word or expression	Relevant body
Welsh	
Windsor	Home Office or Scottish Home and Health Department

Verzeichnis der angewendeten Literatur

- Blackstone's Statutes on Company Law (edited by Derek French, Blackstone Press Limited; First Edition; 1997/98)
- "Company and business names: a critical view of new policy" (A. J. Boyle; The Company Lawyer Vol 2 No 3; 1981; pp. 125-126)
- Company Law, Fundamental Principles (Second Edition, Stephen Griffin; Financial Times; Pitman Publishing; 1996)
- Company Law (Janet Dine; Second Edition, Macmillan Professional Masters, 1994)
- Farrar's Company Law (Fourth Edition, John H. Farrar & Brenda Hannigal; Butterworths; 1998)
- Gower's Principles of Modern Company Law (Sixth Edition, by Paul L. Davies; London, Sweet & Maxwell, 1997)
- "Subscribers: their status on incorporation" (C. Smith; The Company Lawyer Vol 3 No 3; 1982; pp. 99-106)
- "The Companies Act (2)" (R. Pennington; The Company Lawyer Vol 3 No 2; 1982; pp. 66-75)
- "The Companies Act (5)" (J. McMullen; The Company Lawyer Vol 3 No 5; 1982; pp. 209-216)
- "What is the signature of a company?" (C. Roberts; The Company Lawyer Vol 5 No 2; 1984; pp. 90-91)
- "What's in a company name?" (K. Wright; The Company Lawyer Vol 3 No 4; 1982; pp. 156-160)

PAPP TEKLA

AZ ANGOL TÁRSASÁGI JOG ALAPVONÁSAI

(Tartalmi kivonat)

A szerző jelen tanulmányában az angol társasági törvény hatálya alá tartozó társaságok alapítását mutatja be, áttekinti a választható társasági formákat, azok jellemzőit, előnyeit és hátrányait.

A tanulmány kitér a társasági szerződés kapcsán mind az alakszerűségi, mind a tartalmi követelményekre; részletes tájékoztatást ad a társaság nevével, a társasági tevékenységgel, a társaság székhelyével, az alaptőkével és a tagi felelősséggel kapcsolatos előírásokról.

Hasonló megközelítésben kerül tárgyalásra az alapszabály is: formája, tartalma és szerződési természetének jellemzői szerepelnek az esszében.

A szerző bemutatja a bejegyzési eljárás menetét, kitérve a képviselőre, a mellékletekre, s a cégbíró kötelezettségeire is.

A tanulmány a társaság cégnyilvántartásba vételének jogi konzekvenciái szemléltetésével zárul.

Nyomás és kötés az Officina Tannyomdában készült
6721 Szeged, Vadász u. 2/B 2001-382
Felelős vezető: Dr. Kékes Tiborné

A SZEGEDI TUDOMÁNYEGYETEM ÁLLAM- ÉS JOGTUDOMÁNYI KARÁNAK E SZOROZATBAN ÚJABBAN MEGJELENT KIADVÁNYAI

Tomus LVIII.

Tanulmányok Bérczi Imre egyetemi tanár 75. születésnapjára (Szeged, 2000. 593 p.)

Előszó (Besenyei Lajos) 5–6. p.

Fasc. 1. *Badó* Attila: Laikus bíraskodás és reprezentativitás (A „fair cross section” doktrína) (Szeged, 2000.) 7–14. p.

Fasc. 2. *Balogh* Elemér: Egyházi és világi bíróságok joghatósága a középkori Európában (Szeged, 2000.) 15–26. p.

Fasc. 3. *Besenyei* Lajos: Az élettársi viszonyról I (Szeged, 2000.) 27–37. p.

Fasc. 4. *Bíró* György: Szerződéstípusok – a dare alaptípus az új Ptk-ban (Szeged, 2000.) 39–49. p.

Fasc. 5. *Blazovich* László: A peres eljárás a 15–16. századi alföldi városokban (Szeged, 2000.) 51–70. p.

Fasc. 6. *Blutman* László: A hatáskör és elfogadhatóság a nemzetközi bíraskodásban (Szeged, 2000.) 71–79. p.

Fasc. 7. *Bodnár* László: A nemzetközi szerződések megszűnésének kérdései a nemzetközi bíróságnak a bős-nagymarosi beruházás ügyében hozott ítéletében (Szeged, 2000.) 81–90. p.

Fasc. 8. *Botos* Katalin: Likviditás, szolvencia, prudencia (Szeged, 2000.) 91–102. p.

Fasc. 9. *Czúcz* Ottó: A magyar szociális intézményrendszer változásai a piacgazdasági átalakulás első évtizedében (Szeged, 2000.) 103–119. p.

Fasc. 10. *Csécsy* György: A fogyasztóvédelem védjegyjogi eszközei (Szeged, 2000.) 121–128. p.

Fasc. 11. *Farkas* Csaba: A gazdasági társaságok alapításával kapcsolatos alapvető változások (Szeged, 2000.) 129–145. p.

Fasc. 12. *Gaál* Sándor: Perorvoslat kis perértékű ügyekben (Szeged, 2000.) 147–158. p.

Fasc. 13. *László Gáspárdy*: La Costituzione ungherese (Szeged, 2000.) 159–164. p.

Fasc. 14. *Gellén* Klára: Föld, hitel, bank – jelzáloglevél (Szeged, 2000.) 165–185. p.

Fasc. 15. *Hajdú* József: Az alternatív vitamengoldási rendszerek alapvető vonásai (Szeged, 2000.) 187–204. p.

Fasc. 16. *Harmathy* Attila: Kódex és társadalom (Szeged, 2000.) 205–209. p.

Fasc. 17. *Homoki-Nagy* Mária: A törvényes öröklés jogi szabályozása Magyarországon 1861-ig (Szeged, 2000.) 211–231. p.

Fasc. 18. *Jakab* Éva: *Per eum stare* és „breach of contract” – néhány gondolat a jogosulti késedelemről (Szeged, 2000.) 233–248. p.

Fasc. 19. *Józsa* Zoltán: Terület – helyi igazgatás – hatékonyság (Szeged, 2000.) 249–258. p.

Fasc. 20. *Juhász*né Zvolenszki Anikó: Polgári eljárásjogunk egyes időserű alapelveiről (Szeged, 2000.) 259–283. p.

Fasc. 21. *László Kecskés*: EU-Hungary Perspectives in the Approximation of Laws (Szeged, 2000.) 285–300. p.

Fasc. 22. *Kemenes* Béla: Felelősségi jogi kérdések, különös tekintettel néhány európai jogcsaládra, valamint a versenyjog újabb magyar szabályai (Szeged, 2000.) 301–313. p.

Fasc. 23. *Kemenes* István: A jogi személy elkülönült felelősségének az „áttörése” (Szeged, 2000.) 315–330. p.

Fasc. 24. *Kereszty* Béla: Az új társasági törvény a hitelezők érdekeinek védelmében (Szeged, 2000.) 331–345. p.

Fasc. 25. *Kónyáné* Simics Zsuzsanna: Az általános szerződési feltételekkel kapcsolatos polgári jogi szabályozás változásairól (Szeged, 2000.) 347–364. p.

Fasc. 26. *Molnár* Imre: A császárkori Róma büntetési rendszere (Szeged, 2000.) 365–383. p.

Fasc. 27. *Nagy* Ferenc: Gondolatok a hatályos magyar büntetőjog főbüntetési nemeiről (Szeged, 2000.) 385–397. p.

Fasc. 28. *Nagy* Károly: Soft law jellegű szabályok Magyarország kisebbségi rendelkezéseket tartalmazó kétoldalú szerződéseiben (Szeged, 2000.) 399–408. p.

Fasc. 29. *Papp* Tekla: A magyar társasági jog fejlődése (Szeged, 2000.) 409–434. p.

Fasc. 30. *Pokol* Béla: Gondolatok a hatalommegosztásról (Szeged, 2000.) 435–441. p.

Fasc. 31. *Ruszoly* József: A választási bíraskodás és Jókai Mór (Szeged, 2000.) 443–458. p.

Fasc. 32. *Szentpéteri* István: A Kerek Asztalt követő 10 év néhány alkotmányjogi problémája (Szeged, 2000.) 459–465. p.

- Fasc. 33. *Till Szabolcs*: Metodikai adalékok a hatpárti egyeztetések elemzéséhez (Esettanulmány – kudarc nyomán) (Szeged, 2000.) 467–473. p.
- Fasc. 34. *Judit Tóth*: The Hungarian Diaspora in the legal regulations (Szeged, 2000.) 475–493. p.
- Fasc. 35. *Tóth Károly*: A köztársasági elnök közvetlen választásáról (Egy alkotmánybíróvási döntés margójára) (Szeged, 2000.) 495–507. p.
- Fasc. 36. *Tóthné Fábíán Eszter*: Házassági vagyonjog – de lege ferenda (Szeged, 2000.) 509–519. p.
- Fasc. 37. *Trócsányi László*: Az összehasonlító parlamenti jog egyes kérdései (Szeged, 2000.) 521–535. p.
- Fasc. 38. *Újvári József*: A munkáltatói felmondás jeles napjai a Munka Törvénykönyvében (Szeged, 2000.) 537–551. p.
- Fasc. 39. *Vékás Lajos*: Fogyasztóvédelmi magánjog és az új Polgári Törvénykönyv (Szeged, 2000.) 553–562. p.
- Fasc. 40. *Veres József*: A szövetség jogi minősítése (Szeged, 2000.) 563–573. p.
- Fasc. 41. *Vida Sándor*: A magyar védjegy- és versenyjog az EU-jogharmonizáció tükrében (Szeged, 2000.) 575–587. p.

Tomus LIX.

- Fasc. 1. *Badó Attila*: La réforme de la justice pendant les années 90 (Szeged, 2001.) 54 p.
- Fasc. 2. *Bodnár László*: Az ezredvég kihívásai a nemzetközi jog alapelveivel szemben (Szeged, 2001.) 17 p.
- Fasc. 3. *Császár Mátyás*: Az Európai Unió normáinak jogforrási hierarchiája (Szeged, 2001.) 18 p.
- Fasc. 4. *Farkas Csaba*: A gazdasági társaságok megszűnése, különös tekintettel a végelszámolásra (Szeged, 2001.) 15 p.
- Fasc. 5. *Hajdú József*: Alternative Dispute Resolution Systems in the sphere of labour law in some EU countries and in Hungary (Szeged, 2001.) 105 p.
- Fasc. 6. *Homoki-Nagy Mária*: Az adományrendszer reformjára tett kísérletek az 1795. és az 1830. évi magánjogi tervezetekben (Szeged, 2001.) 40 p.
- Fasc. 7. *Juhász Zsuzsanna*: A börtönmunka nemzetközi áttekintése (Szeged, 2001.) 18 p.
- Fasc. 8. *Karsai Krisztina*: Drogjog Ausztriában (Szeged, 2001.) 26 p.
- Fasc. 9. *Katona Tamás*: A közigazgatási informatika néhány aktuális kérdése (Szeged, 2001.) 10 p.
- Fasc. 10. *Kiss Barnabás*: Az egyenlő jogvédelem alkotmányjogi kérdései az Egyesült Államokban (Szeged, 2001.) 23 p.
- Fasc. 11. *Miklós László*: A környezeti hatásvizsgálatok nyilvánossága a hatósági eljárásokban (Szeged, 2001.) 18 p.
- Fasc. 12. *Nagy Ferenc*: A jogellenességet kizáró okok elvi kérdéseiről (Szeged, 2001.) 24 p.
- Fasc. 13. *László Nagy*: Globalisation et emploi (Szeged, 2001.) 7 p.
- Fasc. 14. *Tekla Papp*: Die Grundzüge des englischen Gesellschaftsrechts (Szeged, 2001.) 23 p.
- Fasc. 15. *Révész Béla*: Az államiság értékeinek újrafogalmazása a rendszerváltás vitáiban (Szeged, 2001.) 55 p.
- Fasc. 16. *Szondi Ildikó*: Demográfiai és szociális változások Szeged lakótelepein (Szeged, 2001.) 45 p.
- Fasc. 17. *Tóth Lajos*: Gondolatok a termőföldre vonatkozó jogalkotásról (Szeged, 2001.) 21 p.